

Politiker fordern neue Analyse bei Orgacid

Umweltausschuss im Landtag empfiehlt Untersuchungen für Boden und Wasser.

VON JAN SCHUMANN

MAGDEBURG/MZ. In der Debatte um das belastete Orgacid-Gelände in Halle-Ammendorf empfiehlt der Umweltausschuss des Landtags neue Untersuchungen. Auf dem Grundstück der früheren Senfgasfabrik seien genauere Analysen zu Grundwasser- und Bodenbelastungen „sinnvoll“, heißt es in einer Stellungnahme, die der Ausschuss am Mittwoch einstimmig verabschiedete. Aufgrund dieser neuen

Analysen empfehlen die Abgeordneten dann eine „abschließende“ Entscheidung darüber, ob und in welchem Umfang Sanierung auf dem Gelände nötig sind.

Der Landtag hatte sich aufgrund einer Petition mit dem Orgacid-Gelände befasst. Unter anderem hatten die Abgeordneten im Januar den renommierten Altlastenexperten Johannes Preuß von der Universität Mainz um eine Einschätzung potenzieller Gefahren auf dem Grundstück gebeten. „Die Aufklärung reicht noch nicht aus“, hatte Preuß anhand bisheriger Analysen zu Grundwasser und Boden attestiert. Mit Blick auf bisherige Schadstoffmessungen auf dem Orgacid-Gelände hatte er betont: „Ich glaube nicht, dass an den Produktionsräumen wirklich

untersucht worden ist.“ Auf dem Gelände sind noch unterirdische Anlagen erhalten, die frühere Sprengungen auf dem Fabrikgrundstück überstanden. Preuß hatte im Januar erklärt: „Aus meiner Erfahrung mit zahlreichen Kampfstoff-Objekten muss weiterhin von relevanten Belastungen ausgegangen werden.“

Das letzte Wort über die Landtagsstellungnahme hat der Petitionsausschuss. Er muss der nun erarbeiteten Empfehlung für neue Schadstoffanalysen noch zustimmen – das ist aber wahrscheinlich.

Hallesche Landtagsabgeordnete machten am Mittwoch Druck im Ausschuss. Entscheidend sei, dass nun die Stadt aktiv werde, betonte der Grünen-Politiker Wolfgang Aldag. „Wir eiern da seit Jah-

ren rum“, sagte er. Nötig sei die Installation zusätzlicher Messstellen. Um dafür finanzielle Unterstützung zu erhalten, soll die Stadt auch stärker auf die Bundesregierung zugehen. Dieses Zugehen auf den Bund empfiehlt auch die neue Stellungnahme des Landtags. Laut Umweltstaatssekretär Steffen Eichner (SPD) solle es künftig zudem eine stärkere Beteiligung betroffener Anwohner geben.

Der Linken-Politiker Hendrik Lange aus Halle forderte im Ausschuss: „Wichtig ist, dass auf diesem Gelände was passiert.“ Auch der Altlastenexperte Preuß ist laut Umweltministerium weiter in dem Fall aktiv: Er habe neue Archivrecherchen zu Orgacid gestartet, um potenzielle Belastungen auf dem Gelände in Halle zu klären.